

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Pettzeile (Messe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 42

Sonnabend, den 18. Februar 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Wochenmarkt in Elstra

Von Mittwoch, den 29. Februar 1928 ab werden in Elstra die Wochenmärkte, verbunden mit Getreide-, Ferkel- und Kleintiermarkt, regelmäßig jeden Mittwoch wieder abgehalten.

Elstra, am 14. Februar 1928.

Der Stadtrat.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Im Reichsarbeitsministerium sind die Schlichtungsverhandlungen im Metallarbeiterkonflikt im Gange.
Der deutsche Botschafter in Paris trifft, nach einer Unterredung mit Briand, mit Stresemann zusammen.
Der schwere Sturm in allen Teilen des Kanals hat der Schifffahrt bedeutenden Schaden zugefügt. Das englische Dampfschiff „Barand“ ist gestern vormittag im Wexley Kanal auf Grund gestoben. Die Besatzung von 40 Mann wurde durch einen Schlepper gerettet und an Land gebracht.
Der englische Australienleger Hinkler ist gestern von Kalkutta nach Rangoon aufgebrochen und dort gelandet.
Bei einem Gebäudeeinsturz in New-York wurden 7 Arbeiter getötet.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

In der höchsten Krone einer Bappel flötet eine Amsel in den klaren Morgen, an dessen blauer Kuppel der Wind die weißen Wolkenballen jagt, wie der Schäferhund die eigensinnigen Böcke, daß sie aus der Bahn zu brechen scheinen. Und doch gehen sie die ewig vorgezeichnete Route. Diesmal ist der melodische Klang des Amselrufes ihr Kompaß und Marschmusik. Im Herbst werden es wieder die Stare sein. Ein violetter Kleck, der von einer Malerpalette getropft ist, dünkt das, was den Zaunkönig in dem dornigen Gestrüpp des Waldbrandes mitten in seinen Kapriolen einhalten läßt, als ob ihn jenseits des zernarbten Wezes eine Vision bannte. Und doch ist es nur ein botanischer Begriff, der Seibelhaft geschrieben wird. Der die Gedanken des jimmenden Wanderers langsam und unmerklich an den Fäden spinnen läßt, die eines Tages zum Strang werden, der die Klöppel der Schneeglockchen zum Schlagen bringt, daß sie wie ferne Glocken läuten. Wo die Elernbüsche noch in winterlicher Starre stehen, ist im Sonnengeflirr ein geheimnisvolles Rauschen. Von Zweig zu Zweig wispern sie das Neue. Bis plötzlich eins von den Köpfchen sich ein silbriges Häubchen überzieht und so tut, als sei dadurch der Fall, der „in der Luft liegt“, entschieden. Morgen oder übermorgen ist die weibliche Eitelkeit schon so stark, daß sie alle mit dem weißen Häubchen der Kammerlächchen dem Zug der Zeit folgen. Einer Zeit in der Neues wird. Werden muß, weil die Zeit zu neuem Werden erfüllt ist. Weil schöpferische Kräfte wach zu werden beginnen. Am Bachrand ist an einer scharfen Kurve mit einem Male ein goldschimmernder Wimpel aufgezo-gen. Wie beim Seemann erneut „Frohe Fahrt!“ signalisierend. Die Haselnußstauden haben sich frühlingsfröhliche Sträuße an den Hut gesteckt, die für uns schon mehr als Vorahnungen bedeuten.

Pulsnitz. (Deutscher Seeverein, Ortsgruppe Pulsnitz.) Einem kleinen Kreis aufmerkamer Zuhörer wurde in dieser Woche der zweite erotische Vortragsabend besetzt. In der Handelschule sprach Frau Anna Fink, Dresden, die von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Seevereins als Referentin gewonnen war. Es waren angenehme Stunden, da man den geistvollen Ausführungen dieser weltgereisten Frau folgen konnte. Vorgelesen festelten die Ausführungen über den fernsten Orient, gestern die Behandlung eines Spezialgebietes aus dem uns näheren Orient. Und wohl nur eine Frau konnte das Thema „Frauenleben und Tänze in Ägypten“ so lebens-wahr, so seelisch durchpulst darstellen und vielleicht auch nur ge- rade diese Frau, die nicht nur als Bergnährungsreisende, son- dern als Künstlerin schaffend das Land während längerer Auf- enthalte kennen lernte. Wohl wissen uns die einschlägige Literatur und zahlreiche Situationsbilderungen der letzten Zeit viel und ausführlich über das Pharaonenland zu berichten, doch alle diese Berichte sind nur aus allzu europäischen Anschauungs- und Betrachtungswelten heraus gegeben. Frau Anna Fink's Vortrag wich von dieser Betrachtungsweise erheblich ab, indem sie die Vorkellungsweise der Hbrer vollständig umzustellen mußte und an das Erlebnis unmittelbar heranführte und dieses Er- lebnis zum Nacherlebens werden ließ. Man betrachtete gleichsam alles dargestellte Gleiches durch die Augen des Ägypters, dem Vaterland und Religion deckbare Begriffe sind. Was man sonst bei daziel Vorträgen fremdartig und als so ganz anders

Die parlamentarische Lage nach der Nacht

Schwierige Kompromißverhandlungen über das Arbeitsnotprogramm. — Bedarf es einer Erhöhung der Getränkesteuer?

Berlin, 18. Februar. Nach Beendigung der Interfraktionellen Besprechungen in den späten Abendstunden des Frei- tags und nach dem Ende der sich daran anschließenden nur kurzen Besprechungen der einzelnen Fraktionen, ergibt sich etwa folgendes parlamentarische Bild:

Der wesentliche Inhalt der interfraktionellen Besprechungen war nicht mehr der Erörterung der einzelnen Punkte des in Aussicht genommenen sogenannten Notprogramms gewidmet, sondern diente vor allem der Erörterung der für den heutigen Tag in Aussicht genommenen Formalien. Da zwischen den einzelnen Parteien der bisherigen Koalition in der Auffassung sowohl über die Dringlichkeit der einzelnen in das Notprogramm aufzunehmenden Punkte wie auch im Bezug auf das Ausmaß der einzelnen Vorlagen wesentliche Differenzen herrschen, so war man sich darüber klar, daß nur dann eine sachliche Klärung noch irgendwelchen Zweck haben würde, wenn bezüglich der Auffassung über das Notprogramm eine wenn auch nicht voll- kommene Übereinkunft mit den Parteien der bisherigen Oppo- sition getroffen werden könnte. Infolgedessen soll heute vor- mittag gleich nach der Wiederaufnahme der Besprechungen der demokratischen Fraktion die Frage vorgelegt werden, ob sie auf die von ihr beantragte Aufnahme der Kleinrentnerfürsorge in das Notprogramm verzichtet oder ob sie an dieser Aufnahme festhält. Bleibt die demokratische Fraktion bei ihrem bisherigen Beschluß so sieht sich die Deutsche Volkspartei und die Deut- sch-nationale Volkspartei gezwungen, von sich aus diese Anträge mit zu übernehmen und kommt damit zu einem entschei- denden Gegenatz zu dem Zentrum und den Sozialdemokraten, die eine derartige Fürsorge für die Kleinrentner nur im Zu- sammenhang mit einer Parallellaktion für die Sozialrentner für tragbar halten. In diesem Fall ist damit zu rechnen, daß auf die Durchführung des Notprogramms von den Regierungspar- teien verzichtet und nur noch ein Notetat in allerhöchster Form zu möglichst eindringlicher Beratung gestellt wird. Im Reichstag verläutet zuverlässig, daß bei einer einheitlichen Meinung der bisherigen Koalitionsparteien in der Frage der Auslösung des Reichstages auch Reichspräsident v. Hindenburg seine bisherigen Bedenken gegen eine alsbaldige Beendigung der Reichstags- arbeiten zurückstellen wird.

Für den Sonnabend sind im Laufe des Vormittags Frak- tionskonferenzen fast aller Parteien angesetzt. Demokraten und Deutschnationale treten um 11 Uhr zusammen, die Sozialdemo- kraten um 1/10 Uhr. Die Regierung hat heute wissen lassen, daß sie ihre Entscheidung auf Grund der dann vorliegenden Beschlüsse auf alle Fälle um 1 Uhr zu treffen gedenke. Das Ergebnis der Regierungsbesprechungen kann nach Lage der Dinge kaum mehr zweifelhaft sein, da schon im Laufe des Freitagabend eine Diskussion über das auf Grund des Besieles des Reichspräsidenten in Aussicht genommene Notprogramm allgemein als beinahe aussichtslos bezeichnet worden ist und nur durch unerwartete Wendungen in den Besprechungen der ein- zelnen Parteien wieder in Gang gebracht werden können.

Schwierige Kompromißverhandlungen über das Arbeitsnotprogramm.

Berlin. Das Reichskabinett beriet am Freitag die letzten Kompromißmöglichkeiten über das Arbeitsnot- programm, mit dessen Hilfe man die Arbeiten des Reichs- tages bis Ende März verlängern will. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Landwirtschaftsnotprogramm, ferner die sozialpolitischen Forderungen des Zentrums, das die Ausdehnung der Hilfsmaßnahmen, die bisher für die Kleinrentner beabsichtigt waren, auch auf die Sozialrentner und die Kriegsbeschädigten ausdehnen will. Darüber hinaus wurde bei den Beratungen auch der Nachtragsetat behandelt.

Nachdem bereits am Donnerstagabend das Reichs- kabinett sich darüber einig war, daß das Kriegs- schädenschlußgesetz unbedingt verabschiedet werden mußte, wurde man am Freitag auch darüber einig, daß

Maßnahmen zur Linderung der landwirtschaftlichen Not sofort erfolgen

müßten. Sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die Kleinrentnerfürsorge, da das Zentrum von seinen erweiterten Forderungen nicht abläßt. Auch die Frage der Reichstagsauflösung macht große Schwierigkeiten. Als erste Fraktion hat sich am Freitagnachmittag

die Deutsche Volkspartei dazu deutlich ausgesprochen indem sie in einem Fraktionsbeschlusse erklärte, sie halte daran fest, daß die in dem Briefe des Reichspräsidenten hervor- gehobenen wichtigen gesetzgeberischen Aufgaben, insbesondere Etat, Nachtragsetat, Maßnahmen für die Landwirtschaft, Kriegsschädenschlußgesetz und Rentnerverforgungsgesetz not- wendigerweise verabschiedet werden müssen. Sie würde es daher für unverantwortlich halten, wenn der Reichstag vor Erledigung dieser Aufgaben auseinanderginge.

Während dieser offiziellen Verhandlungen spielt bei den Parteien die

Frage des Wahltermins eine maßgebende Rolle. Eine Einigung über das Arbeitsnot- programm würde die Verlängerung der Arbeiten des Reichs- tages bis zum 31. März bedeuten, was etwa mit einem Wahltermin am 13., 20. oder 27. Mai gleich- bedeutend wäre. Da nun im April und Mai wegen des Ablaufs vieler Tarifverträge mit sozialen Unruhen zu rechnen ist, besteht gegen Neuwahlen im Mai großes Bedenken.

Bedarf es einer Erhöhung der Getränkesteuer?

Eine Erklärung des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert.

Als der Deutsche Städtetag sich in den letzten Wochen für eine Erhöhung der Getränkesteuer einsetzte, geriet er mit seiner Forderung in Gegensatz zu einem nicht unbedeutenden Teil der deutschen Wirtschaft. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, veröffentlicht nun in den Mitteilungen des Deutschen Städtetages einen Leit- aufsatz über die Gründe, die für eine Erhöhung der Ge- tränkesteuer sprechen.

Dr. Mulert führt darin u. a. folgendes aus: Es sind in der Hauptsache volkshygienische und finanz- politische Überlegungen, die den Deutschen Städtetag veran- lassen, sich neuerdings mit besonderem Nachdruck für den Ausbau der Getränkesteuer einzusetzen.

Ein Volk, das unter dem Druck der Reparations- verpflichtungen steht, muß auf eine volkswirtschaft- lich zweckmäßige und sozial gerechte Steuer- belastung bedacht sein. Die Besteuerung der alkoholischen Getränke ist nicht nur im Vergleich zu unserer sonstigen Steuerlichen Anspannung, sondern auch im Ver- gleich zu anderen Staaten unproportional gering.

Ein Vergleich der steuerlichen Belastung des Getränke- verbrauchs in Deutschland und England ergibt, daß in England die Steuer- und Zolleistung auf Bier pro Kopf der Bevölkerung bei einem Verbrauch von 77 Liter rund 46 Mark beträgt, während sie sich bei uns bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von 75 Liter pro Jahr auf 6,30 Mark beläuft.

Gegenüber 1913 ist die Reichsbiersteuer in Deutschland von 3,31 M. auf 7,30 M. 1927 gestiegen, hat sich mithin verdoppelt, während in England durch die Er- höhung von 4,80 auf 46,— M. in der gleichen Zeit eine Verzehnfachung der durchschnittlichen Steuerbelastung stattgefunden hat. Bei Branntwein liegen die Ver- hältnisse genau so. Die Gesamtheit der Getränke- steuern und Zölle belastete in Deutschland die Be- völkerung je Kopf 1927 mit 10,45 M., dagegen mußte der englische Getränkeverbrauch 1927 das Sechsfache, näm- lich 63,75 M. je Kopf aufbringen. Die Steigerung der steuerlichen Anspannung gegenüber der Vorkriegszeit beträgt in Deutschland 31 v. H., in England dagegen 268 v. H.

Auch die Reichsregierung hat seinerzeit die Ausbau- fähigkeit der deutschen Getränkebesteuerung anerkannt. Be- denken gegen eine Erhöhung dürften auch heute in Anbetracht des Umstandes, daß der Bierkonsum trotz der Steuererhöhung im Jahre 1927 nicht zurückgegangen, sondern vielmehr noch gesteigert ist, kaum bestehen.

Außer den Erwägungen steuerlicher Gerechtigkeit sprechen soziale Gesichtspunkte für die Wiedereinführung

